Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 72 (1980)

Heft: 5

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Stahlarbeiterstreik in England

«Der Gewerkschafter» (Frankfurt am Main) ist die Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall. Sie informiert immer umfassend über die Probleme und Aufgaben der IG Metall in der BRD. Neben diesen «internen» Informationen enthält diese reich illustrierte Zeitschrift aber unter anderem auch Nachrichten über den gewerkschaftlichen Kampf der Bruderorganisationen im Ausland. So enthält die April-Nummer zwei Beiträge über den bei uns von der bürgerlichen Presse stark verketzerten englischen Stahlarbeiterstreik. Da gerade solche Gegeninformationen für Diskussionen mit Kollegen, die auf Grund der einseitigen bürgerlichen Zeitungsinformationen gerne die negativen Seiten dieser Auseinandersetzung herausstreichen, wichtig sind, sei hier auf diese zwei Beiträge verwiesen. Der erste Beitrag vermittelt einen Bericht über die Arbeit der Streikposten, die in Diskussionen versuchen, Lastwagenfahrer, die ausländische Stahlimporte fahren, von der Unsolidarität ihrer Handlungsweise zu überzeugen. Diese Streikposten, die weit weg von ihren Produktionsstätten stehen, kriegen keine Streikunterstützung. Sie erhalten lediglich Verpflegung und Übernachtung und die Fahrspesen. Die Familien können von der Wohlfahrt (!) eine Unterstützung beantragen. Diese ergibt für die Ehefrau 16½ Pfund und für jedes Kind je nach Alter zwischen 5 und 11 Pfund pro Woche. Der zweite Beitrag ist ein Interview mit dem Generalsekretär der «Iron and Steel Trades Confederation». Hier wird deutlich gemacht, dass es bei diesem Streik nicht nur um eine Erhöhung der Löhne geht, eine Forderung, die bei einer Inflationsrate von 18 Prozent verständlich sein sollte, sondern auch um die Erhaltung von rund 50 000 Arbeitsplätzen.

Hinweise

Informationen über Bedeutung, Stärke und Tätigkeit der chinesischen Gewerkschaften erhält der Leser aus einem Interview mit dem Vizepräsidenten des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes, Chen Yu, in Nummer 4 von *«Arbeit und Wirtschaft»* (Wien). Dieses Gespräch fand anlässlich einer Besuchsreise Chen Yus im Februar in Österreich statt. Den Angaben dieses Funktionärs kann man entnehmen, dass in China 52 Millionen Gewerkschafter gezählt werden, die auf 17 Fachverbände aufgeschlüsselt sind. Die Bauern sind gewerkschaftlich nicht erfasst; diese Mitgliederzahl rekrutiert sich aus den rund 100 Millionen Arbeiter und Angestellten. In China wird versucht, das Mitspracherecht in den Betrieben voranzutreiben, und scheinbar sind auf diesem Gebiete auch einige Erfolge zu verzeichnen. Die Arbeitszeit beträgt täglich acht Stunden, gegenüber 10, 12 und mehr Stunden vor der kommunistischen Machtübernahme, und gearbeitet wird an sechs Wochentagen. Einen Urlaub gibt es vorläufig noch nicht, aber man hofft, dieses Postulat nach einer Verbesserung der Produktivität realisieren zu können.

Von der reichhaltigen März/April-Nummer des von Günther Nenning geleiteten *«Forum»* (Wien) seien hier zwei Beiträge besonders herausgehoben. Um den 1971 verstorbenen marxistischen Philosophen Georg Lukacs ist es in den letzten Jahren ruhiger geworden, obwohl seine Bücher in interessierten Kreisen immer noch starke Beachtung finden. Vieles aus seinem Nachlass ist bis anhin noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Es ist daher verdienstvoll, dass im «Forum» ein rumänischer Literaturwissenschaftler und Freund von Lukacs auf Grund des von ihm gesichteten Briefnachlasses einige interessante Aspekte dieses Literaturkritikers und Philosophen verarbeitet. Hier wird erneut deutlich, wie differenziert das Denken von Georg Lukacs war, und wie seine Schriften vielfach von gewissen Kritikern und Journalisten schematisiert und katalogisiert worden waren. Dies geht auch am Beispiel einiger Brecht-Anhänger hervor, die gerne mit der Schablone arbeiten: Lukacs als Dogmatiker und Brecht als Antidogmatiker. Der ganze Beitrag im Forum unterscheidet sich insofern auch von anderen Lukacs-Veröffentlichungen, als er sehr leicht leserlich ist.

Im gleichen Forumheft findet sich ein Brief von Ruollah Khomeini an den Papst Johannes Paul II. Dieses Schreiben ist als eine Antwort auf eine Botschaft desselben an den Schiitenführer Khomeini vom 9. November 1979 gedacht. Dieser Brief wird bei den hiesigen Lesern zwar etlichen Widerspruch auslösen, aber gleichzeitig sehr nachdenklich stimmen. Auf jeden Fall wird durch die Lektüre dieses Briefes das Wissen des einzelnen Lesers um die Situation im Iran stark erweitert, und gleichzeitig dürfte ihm klar werden, wie schwierig es ist, hier mit eindeutigen Urteilen zu operieren.
Eine wertvolle Ergänzung zu dem Khomeini-Brief im «Forum» ist ein Beitrag von Bassam Tibi in Nummer 4 der *«Frankfurter Hefte»*. Seine Arbeit ist mit «Der Islam als eine Defensiv-Kultur im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter» überschrieben. Der Autor ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Er geht in seiner Arbeit, die sich sehr stark auf Zitate von islamischen Gelehrten und Nahost-Kennern stützt, der Frage nach, ob der Islam an die Erfordernisse des industriellen Zeitalters angepasst werden kann, ohne dass er dabei seine Substanz verlieren muss. Dabei hebt er den grossen Mangel hervor, dass der Islam keine Reformation und auch keine Tradition der Aufklärung kennt. Am Schluss seiner Arbeit schreibt Bassam Tibi: «Der Islam benötigt heute eine Reformation. Der iranische Geistliche Khomeini ist nicht der erhoffte islamische Luther. Er setzt lediglich die Tradition der religiösen Dogmatik fort, die gewiss nicht bei der Überwindung der Rückständigkeit im islamischen Orient helfen wird und die sich auf einen Weg begeben hat, auf dem sie scheitern muss.»

Buchbesprechungen

Richard Bäumlin: Lebendige oder gebändigte Demokratie? Demokratisierung, Verfassung und Verfassungsrevision. Z-Verlag, Basel, Fr. 19.80.

Richard Bäumlin, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bern, sagt uns klar, was eine wahre und lebendige schweizerische Demokratie ist oder sein sollte. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes im Staat. Sie ist Selbstregierung des Volkes, das auf der Grundlage seines Wahl- und Abstimmungsrechtes, seines Initiativ- und Referendumsrechtes sein staatliches, politisches, soziales und wirtschaftliches Schicksal selber bestimmen will. Demokratie ist also bestmögliche Selbstbestimmung und Mitwirkung von Volk und Bürger bei all den politischen Entscheidungen, die sie betreffen und für ihr gesamtes Wohlergehen von grosser Bedeutung sind. Man darf deshalb die Demokratie nicht auf den staatlich-politischen Bereich einschränken und dabei von den heute bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnissen absehen; ganz im Gegenteil, wahre Demokratie macht alle wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Lebensverhältnisse zum Gegenstand einer gerechten und gesunden Politik. Und sollen die politische Selbstbestimmung und Mitwirkung bestmöglich sein, dann müssen sie auf der Grundlage freier, kritischer, vernünftiger und gutbegründeter Sachdiskussion beruhen – und sie setzen die Freiheit der Presse und Meinungsbildung voraus.
Was soeben als das Wesen wahrer Demokratie beschrieben wurde, ist nun in der schweizerischen Demokratie mit ihrer liberalkapitalistischen Wirtschaft nach der Auffassung von Bäumlin weithin abstrakt und utopisch.

Demokratie und Massenmedien

Die Teilnahme von Volk und Bürgern am politischen Meinungsbildungsprozess setzt eine öffentliche Diskussion voraus, deren Ziel sein sollte, Kritik zu fördern und möglichst viele Standpunkte zur Geltung zu bringen. Unsere Presse ist aber privatwirt-